

turbine

Mitteilungsblatt der DKP für VOITH-Beschäftigte

TURBINE Ausgabe Nr. 04

Dezember 2009

Jahrgang 38

Arbeitszeitverkürzung und politischer Streik

Sozialabbau: Widerstand aus den Betrieben!

Auf der Jahreskonferenz der Gewerkschaftslinken Ende Oktober in Stuttgart wurden von knapp einhundert TeilnehmerInnen das Selbstverständnis der Gewerkschaftslinken und die anstehenden Aufgaben ausführlich diskutiert. Vertreten waren aktive GewerkschafterInnen von IG Metall, ver.di, GEW, IG Bau sowie Vertreter von Österreichischen und Schweizer Gewerkschaften. Ca. die Hälfte der Teilnehmenden kamen aus der Region Stuttgart, andere u. a. aus München, Essen, Frankfurt, Berlin, Karlsruhe, Tübingen, Wolfsburg, Mannheim, Konstanz, Tuttlingen, Augsburg, Wien und der Schweiz.

In der tiefsten Wirtschaftskrise seit 1929 stehen die Gewerkschaften vor gewaltigen Herausforderungen. Wir brauchen eine andere politische Orientierung - weg vom Standort-Deutschland-Denken! Der Konfliktvermeidungskurs, die Politik des Co-Management und der Verzichtsvereinbarungen haben sich schon in den vergangenen Jahren fatal ausgewirkt - in der Krise ist dieser Kurs für die abhängig Beschäftigten und für die gesamte Gewerkschaftsbewegung Existenz bedrohend. Gegen Massenentlassungen hilft nur, den Kampf gemeinsam zu führen und nicht zuschauen, wie ein

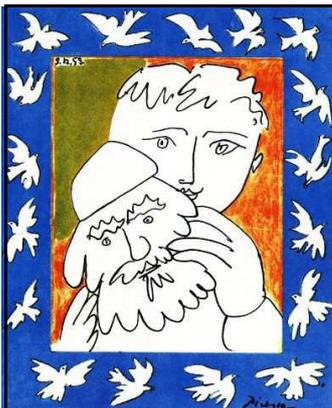
Betrieb nach dem anderen Arbeitsplätze vernichtet, Werke und Standorte schließt. Die Auseinandersetzungen werden härter, deshalb gilt es, andere - kämpferische, durchsetzungsfähige Widerstandsformen zu entwickeln. Im Kampf gegen Entlassungen und Betriebs-schließungen nützt kein Sozialplan - da bedarf es wirksamer Kampf-formen bis hin zu Betriebsbesetzungen.

Arbeitszeitverkürzung als gesellschaftliche Bewegung

Arbeitszeitverkürzung ist die zentrale



Antwort, um Überkapazitäten abzubauen und Erwerbslosigkeit einzu-



Zu den Festtagen und zum Jahreswechsel
wünschen wir allen Kolleginnen und Kollegen
stressfreie Entspannung und Widerstandskraft
für das Jahr 2010

schränken. Damit kann sich das Kräfteverhältnis zwischen Lohnarbeit und Kapital wieder zu unseren Gunsten verändern. Die Arbeitszeitverkürzung wird wirksam, wenn sie in großen Schritten erfolgt. Angesichts der Reallohnverluste der letzten Jahre ist ein voller Lohnausgleich notwendig. Um Arbeitsverdichtungen zu verhindern, braucht es Personalausgleich und die Kontrolle der Belegschaft über die Personalplanung. Wochenarbeitszeitverkürzung bis hin zur 30-Stundenwoche muss ein gesellschaftliches Projekt, eine gesellschaftliche Bewegung werden. Nur mit einem breiten gewerkschaftsübergreifenden Bündnis werden wir Arbeitszeitverkürzungen durchsetzen können. Eine andere Form der Arbeitszeitverkürzung ist auch die Abschaffung der Rente mit 67 Jahren – hin zu einer Rente mit 60. Arbeitszeitverkürzung ist ein Stück Lebensqualität. Um die Diskussion und die gesellschaftliche Kampagne voran zu bringen, entstand die Idee, ein Arbeitszeit-Bulletin ins Leben zu rufen. Der Ar-

beitsausschuss der Gewerkschaftslinken wird diese Idee aufgreifen und umsetzen.

Politisches Streikrecht zurückfordern

Die Stärke in den Betrieben kommt in erster Linie dann zur Entfaltung, wenn die betrieblichen und tariflichen Auseinandersetzungen mit politischen Forderungen und gesellschaftlichen Perspektiven verbunden werden. Es gilt, die Mobilisierung in den Betrieben und auf der Straße zu verstärken. Mit politische Streiks bis zu einen in Etappen vorbereiteten Generalstreik müssen nicht nur kommende Angriffe von Regierung und Kapital abgewehrt, sondern auch soziale und politische Forderungen durchgesetzt werden. Dazu setzen wir uns für den Aufbau einer Kampagne für die Wahrnehmung des politischen Streikrechts ein.

Gesellschaftliche Bündnisse aufbauen

Doch der gesellschaftliche Widerstand kann nicht allein von den Ge-

werkschaften getragen werden. Es geht darum, politische und gesellschaftliche Bündnisse zu schließen, die den gewerkschaftlichen Kämpfen eine höhere Schlagkraft verleihen. Voraussetzung hierfür ist, dass sich die Gewerkschaften öffnen, ihre Bündnispartner als gleichwertig akzeptieren und deren Anliegen ebenso unterstützen. Bündnisarbeit und solidarisches Handeln ist keine Einbahnstraße. Wir brauchen sowohl breite regionale Bündnisse mit gesellschaftlichen Gruppen und Initiativen, betrieblichen Akteuren und Gewerkschaften als auch eine bundesweite Vernetzung. Wichtig ist die Vernetzung der verschiedenen Protestbewegungen wie Bildungstreikbewegung, Umwelt- und Ökologiebewegung, soziale Bewegungen, Friedensbewegung, betriebliche Aktionen für den Erhalt der Arbeitsplätze. Wir müssen längerfristig lokale und vernetzte Strukturen von Protest, Solidarität und Widerstand aufbauen.

gelesen bei: „Gewerkschaftslinken“
11/2009 (Auszug)



Betriebs- u. Gewerkschaftsspiegel



Arbeitszeitverkürzung nach 25 Jahren erneut auf die Tagesordnung



Die sog. „Neue Soziale Marktwirtschaft“ wie sie CDU/CSU propagiert, geht nicht mehr von Vollbeschäftigung in der Wirtschaft aus. Von diesem Ziel haben sich auch SPD, FDP und Grüne verabschiedet. Massenarbeitslosigkeit wird mit politischen Tricks verschleiert. An Massenarbeitslosigkeit aber darf sich unsere Gesellschaft nicht gewöhnen. Wer aber Vollbeschäftigung, also keine Massenarbeitslosigkeit will, hat die gesellschaftspolitische Aufgabe, sich mit der voranschreitenden Produktivitätsentwicklung zu beschäftigen. Die politische Zielorientierung muss lauten: Kurze Vollzeit für alle. Teilzeitbeschäftigung jeglicher Art, die kein auskömmliches Einkommen sichert, ist keine Alternative.

gewerkschaftlichen Arbeit schwer ist Arbeitszeitverkürzungen durchzuset-

mit Lohnverlust vereinbaren. Gesamtgesellschaftlich würde die

Eine volkswirtschaftliche Gesamtbetrachtung

Alle Erwerbstätige -ohne Teilzeit- arbeiten in Vollzeit bei einer 40 St./Wo. in 45 Arbeitswochen im Jahr 1.800 Arbeitsstunden pro Erwerbstätigen. Bei rund 31 Mio. Erwerbstätigen ist das ein Arbeitsvolumen von 56 Milliarden Stunden.

Da aber das Erwerbspersonenpotential bei knapp 44 Mio. Personen liegt, ergibt sich eine Beschäftigungslücke (Arbeitslosigkeit) von ca. 13 Mio. Menschen. Im Umkehrschluss bedeutet dies bei einer gleichmäßigen Verteilung des Arbeitsvolumens von 56 Milliarden Stunden auf 44 Millionen Erwerbspersonen die individuelle Jahresarbeitszeit auf 1.273 Stunden pro Person bei 45 Arbeitswochen im Jahr eine Wochenarbeitszeit von ca. 28 Stunden. Dies würde ausreichen, um das heutige Bruttoinlandsprodukt bereit zu stellen.

zen. Um dieser sehr schwierigen aber gesellschaftlich notwendigen Aufgabe aus dem Weg zu gehen, begeben sich die Gewerkschaften auf sog. Nebenkriegsschauplätze, indem sie sich auf betriebliche, mit Betriebsräten ausgehandelte Vereinbarungen einlassen, die für die Beschäftigten Arbeitszeiten auf bis zu unter 30 Stunden/Woche

Lohnquote steigen, sich die Kaufkraft erhöhen und zudem könnten Milliarden an Kosten für Arbeitslosigkeit eingespart werden.

Die Gewerkschaften, insbesondere die IG Metall, sind aufgefordert und aufgerufen die Arbeitszeitverkürzung erneut auf die Tagesordnung zu setzen.

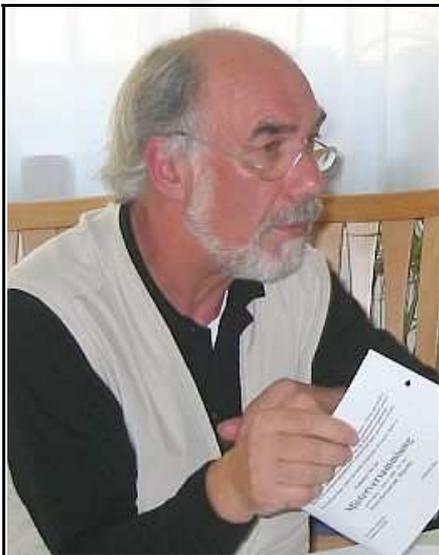


Arbeitszeit und Einkommen sind eine Einheit

Bei der Verkürzung der Arbeitszeit geht es immer um Umverteilung von Arbeitszeit und Einkommen. Unternehmer wollen keine Arbeitszeitverkürzung, weil es ihren Profit schmälert. Aber auch Beschäftigte befürchten Einkommensverluste, weshalb es in der

Ploucquet-Areal: wie weiter?

Stadtverwaltung nähert sich DKP-Ploucquet-Gestaltungsvorschlag an



**DKP Stadtrat
Reinhard Püschel**

Die von der DKP zum Ploucquet-Areal bei der Bürgerfragestunde eingebrachten Fragen zum gegenwärtigen Stand der Entwicklung wurden von OB Ilg, wie zu erwarten war, unbefriedigend und ausweichend beantwortet. Lediglich auf die Frage: „Wann ist der Bau einer Dreifeldhalle (Parzelle 1364/1 VOITH-Besitz) beschlossen worden“, gab OB Ilg bekannt, dass weder Bau noch Standort beschlossen wurden. Diese Erklärung ist deshalb so interessant, weil im Bebauungsplan die Dreifeldhalle unmissverständlich auf VOITH-Gelände im Anschluss an das denkmalgeschützte Hauptverwaltungsgebäude entlang der Bahnlinie fest eingeplant ist. Die Frage bleibt: Wie kann ein Gemeinderat einen Bebauungsplan beschließen, in dem eine Dreifeldhalle auf einem Grundstück geplant ist, das sich nicht im Besitz der Stadt befindet? Verhandlungen mit VOITH über einen Grunderwerb, einer Schenkung oder einem deckungsgleichen Grundstückstausch auf dem städtischen Grundstück Ploucquet-Areal beantwortete OB Ilg ausweichend. Weil es keine abschließenden, aber dann doch Überlegungen gibt, kann über die Grundstücksfrage weiter spekuliert werden.

Neben den Anträgen der DKP, dass Grundstücke auf dem Ploucquet-Gelände nicht veräußert, höchstensfalls als langfristige Nutzungsrechte für juristische oder natürliche Personen abgegeben werden sollen, ist interessant, dass OB Ilg der DKP-Forderung einen sog. „Runden Tisch“ mit interessierten Bürgerinnen und Bürgern mit fachkompetenten Per-

sonen und Organisationen zu schaffen, auffallend näher gekommen ist. In seiner Haushaltsrede 2010 formulierte er für das Frühjahr 2010 eine „Zukunftswerkstatt“ zu planen, in der Vorschläge zur Bebauung erarbeitet werden sollen.

Mit seinem Hinweis für ein „Haus der Bildung“ könnte der von der DKP im Süden des Geländes vorgeschlagene Dienstleistungsbereich mit einer neuen Städt. Bücherei, Lesesaal und Kommunalem Kino oder das weiter im Norden von der DKP vorgeschlagene Dienstleistungsbauwerk mit erweitertem Stadtarchiv und Räumen für die



Volkshochschule, gemeint sein. Die DKP ist der Meinung, dass diese Fläche zu wertvoll sei, um diese für Konzerne oder Immobilienspekulanten zur Verfügung zu stellen oder gar verkauft zu werden. Unsere Losung „Hier baut die Stadt Heidenheim“ für ihre Bürgerinnen und Bürger ein kommunales Alleinstellungsmerkmal für Dienstleistungen, Kommunikation und Kultur.



Im Anflug: Der kommunale Pleitegeier!

Die Gesamtverschuldung der BRD liegt aktuell bei über 1,7 Billionen Euro. 2012 wird die Zweibillionengrenze überschritten sein. Dadurch steigen die jährlichen Zinszahlungen (gegenwärtig 67 Mrd. Euro) an diejenigen, die Geld im Überfluss haben und es dem Staat leihen, den Aktionären bei Banken, Versicherungen und anderen Geldinstituten. Sie sind die Profiteure der Öffentlichen Verschuldung. Dieses Geld fehlt für Bildung, Infrastrukturinvestitionen und Sozialleistungen. Privater Reichtum wird durch öffentlichen Pump gemehrt. Die Gefahr, Haushaltslöcher per Mehrwertsteuererhöhung und Verkauf von Bundesvermögen zu

schließen, ist nicht gebannt. Die ständig wiederholte These, Steuersenkungen seien selbstfinanzierend, weil dadurch Wachstum angekurbelt wird, ist in der Praxis nicht bestätigt. Die wohlklingende Losung „Mehr Netto vom Brutto“ kaschiert zweierlei: Millionen Niedriglöhner zahlen keine Steuern und haben folglich nichts von deren Senkung. Sie müssen aber wie alle anderen Bürger mit steigenden Beiträgen vor allem für die Gesundheitsvorsorge rechnen. Was bisher in der Krankenversicherung von Arbeitgebern anteilig mitfinanziert bzw. staatlich bereitgestellt wurde, haben sie durch Eigenvorsorge aufzubringen

und dadurch weniger in der Tasche. Die Daseinsvorsorge der Menschen und Familien ist dramatisch gefährdet. Den neoliberalen Amokläufern von Berlin über Stuttgart bis nach Heidenheim ist kommunaler Widerstand entgegenzusetzen. Die von der DKP und der Partei Die LINKE eingebrachten Anträge, sich mit einem Zinsmoratorium gegen die kommunale Ausblutung öffentlich zur Wehr zu setzen und den Widerstand zu organisieren, liegen dem Gemeinderat zur Abstimmung vor. Die politische Gestaltungskraft des Gemeinderats ist gefordert.



FDP: Für die Abschaffung der Gewerbesteuer

Jürgen Rieg, FDP Kandidat für den Wahlkreis Heidenheim-AA, trat zur Bundestagswahl für die Abschaffung der Gewerbesteuer ein. Wie muss sich angesichts der skandalösen kommunalen Finanzarmut sein Parteifreund FDP Stadtrat Maiter fühlen, wenn seine neoliberale Parteifreunde, die weitere finanzielle Ausblutung der Städte fordern? Der kommunale FDP-Mann soll doch bitte erklären, wo er den kommunalen Rotstift ansetzt. Er sollte sich nicht hinter seinen CDU-Fraktionsfreunden verstecken. Farbe bekennen schadet nie! Herr Stadtrat.

Sein FDP Wahl-Slogan „Arbeit muss sich wieder lohnen“ ist bei den VOITH/IG Metall-KollegInnen gut aufgehoben. Mehr Brutto in die Lohntüte, ist auch mehr Netto im Geldbeutel.



Terroristische Gewalt von rechts

Am 26. August 2009 klingelte die Polizei bei dem in der Region bekannten Jungnazi Thomas Baumann in der Nähe von Lörrach. Sie fand in seinen Räumen Pistolen, Messer, ein Sturmgewehr. Vor allem aber Chemikalien, elektronische Zeitzündler und andere Materialien zum Bau einer 5 kg schweren Splitterbombe, die innerhalb von Stunden hätte zusammengebaut werden können. Alles spricht dafür, dass durch die Verhaftung Baumanns ein unmittelbar bevorstehendes Blutbad verhindert werden konnte.

Der Fall Baumann macht deutlich, was Nazis unter »handeln« verstehen. Waffenbesitz und der geplante Bombenbau sind kein Sonderfall und keine Aktion eines Einzelnen. Gewalt und Terrorismus sind Bestandteile der Politik und Ideologie des Faschismus und Neofaschismus. Die NPD ist nicht nur in Südbaden das organisatorische Zentrum des Neofaschismus in Deutschland. Aber in Südbaden wurde nun der Beweis erbracht, dass die NPD keine politische Partei wie andere ist, sondern eine Organisationsstruktur, die unmittelbar an der Vorbereitung von Bombenanschlägen, bewaffneten Auseinandersetzungen und politisch motiviertem Terrorismus beteiligt ist. Die NPD ist brandgefährlich!

2003 hatte das Bundesverfassungsgericht das Verbotsverfahren gegen die NPD eingestellt. Es verlangte von den Innenministern, die V-Leute des Verfassungsschutzes abzuschalten. Doch alle CDU-Innenminister, darunter auch der baden-württembergische Heribert Rech, weigerten sich, dies zu tun. Die V-Leute seien ein unverzichtbares »Frühwarnsystem«. Der Bombenbastler von Lörrach hat bewiesen, dass dieses »Frühwarnsystem« nichts taugt. Der Hinweis auf den vorbereiteten Bombenanschlag kam nicht vom Geheimdienst und auch von keiner anderen Behörde, sondern von einer Antifagruppe, die geleistet hat, was die V-Leute des Verfassungsschutzes nicht tun wollten. Das ist kein Wunder: V-Leute sind nicht etwa verdeckte Ermittler mit innerlicher Distanz zum Neofaschismus, sondern einfach Nazis, die vom Geheimdienst angeworben werden und nicht selten mit dem eingenommenen Geld ihre faschistische Organisation mitfinanzieren. Noch im März 2009 hatte der baden-württembergische Innenminister geprahlt, die NPD würde »in sich zusammenfallen«, wenn er sie zurückzöge. Warum hat er es bis heute nicht getan? Der Fall Lörrach beweist, dass die V-Leute nichts anderes bewirken, als die NPD vor einem neuen Verbotsverfahren zu beschützen. Es gibt nur eine richtige Konsequenz: V-Leute abschalten! NPD Verbot jetzt.

Aus: Antifa-Nachrichten Ba.-Wü 11/2009

Die Gerüchteküche kocht Aus FCH Fan-Kreisen



„Fußball, das ist unser Leben“. So zumindest scheint der Slogan bei den Fans des 1. FC Heidenheim 1846 zuzutreffen. So hört man aus Fan-Kreisen, dass gegen Westen hinter der Gagfah-„Hauschrecke“-Arena ein für die fußballbegeisterte Zuschauerschaft ein Parkhaus gefordert bzw. gebaut werden soll. Alle Achtung. Hat der Fußball gegenüber dem Breitensport möglicherweise doch Sonderkonditionen? Nachdem entlang der Katzental-Staße ruck-zuck gesponserte Parkplätze geschaffen wurden, könnte es schon möglich sein, dass auch der Stadtsäckel herangezogen wird, um dem Lebenselixier Fußball, zu dienen.

Georg-Elser-Preis für Beate Klarsfeld

Am 08.11.2009, dem Elser-Attentatstag gegen Hitler im Bürgerbräukeller zu München, wurde der mutigen, international bekannten Antifaschistin Beate Klarsfeld, der mit 5.000,- Euro dotierte Elser-Preis verliehen. Laudator war Gunter Wallraff.

Als Zwischenruferin im Bundestag „Nazi, tritt zurück!“ attackierte sie 1968 den damaligen CDU-Kanzler Kiesinger. Auf einem CDU-Parteitag 1968 ohrfeigte sie Kiesinger auf dem Podium mit den Worten „Nazi, Nazi!“.

1971 versuchte sie den Nazi Lischka, verantwortlich für die Deportation von 76.000 Menschen, von Deutschland nach Frankreich zu entführen, um ihn der Gerichtsbarkeit zuzustellen. Sie wies die Verstrickung des FDP-Politikers Achenbach an der Deportation jüdischer Opfer nach und verhinderte die Entsendung von Achenbach als Vertreter der BRD in die Europäische Gemeinschaft. Von 1984 bis 1985 bereiste sie die Militärdiktaturen Chile und Paraguay, um auf die NS-Kriegsverbrecher Walter Rauff und Josef Mengele aufmerksam zu machen. Bereits 1972 hatte sie den Aufenthaltsort des Nazi-Verbrechers Klaus Barbie in Bolivien ausfindig gemacht. Erst im Juli 1987 wurde Barbie gefasst und verurteilt. Ihrem Engagement ist die Gründung der Gedenkstätte Maison d'Izieu (Kinder von Izieu) zu verdanken, an der die Opfer der von Barbie begangenen Verbrechen erinnert wird. Beate Klarsfeld kämpfte um die Auzslieferung des in Syrien lebenden Eichmann-Stellvertreters Alois Brunner, dem die Ermordung von 130.000 Juden in deutschen Konzentrationslagern angelastet wird. Im Jahre 2001 wurde Brunner durch die Bemühungen der Klarsfelds von einem französischen Gericht in Abwesenheit zu lebenslanger Haft verurteilt. Sie bemühte sich erfolgreich um den „Zug der Erinnerung“ (Enfants juifs déportés de Franc), der in den Jahren 1942-1944 über 11.400 jüdische Kinder aus Frankreich und Deutschland mit der Reichsbahn in die Vernichtungslager der Nazis deportiert hatte. Diese Aktivitäten von Beate Klarsfeld rechtfertigen diese Ehrung im Sinne von Georg Elser. Beate Klarsfeld hätte mehr, hätte das Bundesverdienstkreuz für ihre antifaschistische Arbeit verdient.

1974 erhielt B. Klarsfeld in Israel die „Tapferkeitsmedaille der Gettokämpfer“. 1984 ehrte sie Mitterand als „Ritter der Ehrenlegion“ und 2007 wurde sie von Sarkozy zum „Offizier der Ehrenlegion“ ernannt.

